

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Wilmersdorfer Str. 69
Verleger: Wilmersdorfer Str. 69, 10628 Berlin. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textil-Praxis Berlin

Verzinst sich Ihr Nichts — Verzinst alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Dr. o. B. Schma, Berlin D. 24
Wilmersdorfer Straße 69 (Postfach 53886), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes

Ein erfolgreicher Kampf der pfälzischen Textilarbeiterschaft.

Der für die Textilindustrie in der Pfalz bestehende Lohn- und Manteltarif wurde seitens der Arbeiterschaft mit Ablauf zum 1. Juli dieses Jahres gekündigt. Entsprechend der heutigen Teuerung und der Mietpreiserhöhung wurde eine Erhöhung des Lohnes um 12 Pf. gefordert. Weiter sollte der Manteltarifvertrag in der Frage des Urlaubs eine klarere Fassung erhalten, die Arbeitszeit sollte entsprechend dem Arbeitszeitgesetz geändert werden. Ueber diese Forderungen fanden am 13. Juli Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Die Unternehmer verlangten, daß der Manteltarif in der alten Fassung bestehen bleiben soll. In der Lohnfrage forderten sie, daß die Löhne in Ludwigshafen mit denen der übrigen Pfalz gleichgestellt werden sollten. (Die Löhne in Ludwigshafen waren bisher in der Spitze um 3 Pf. höher als in den übrigen pfälzischen Textillorten.) Für Kufel wollten sie eine besondere Lohnklasse schaffen. Der Lohn sollte dort 10 Proz. weniger betragen als in der übrigen Pfalz. Goll. wären sie dann bereit, ab 1. Oktober auf den bisherigen Spitzenlohn von 58 Pf. einen Pfennig zuzulegen. Gegenüber diesen Forderungen der Unternehmer erschien jede weitere Verhandlung überflüssig und wurde dieselbe deshalb abgebrochen. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine große Empörung über das Verhalten der Unternehmer, die anstatt die Löhne entsprechend der Teuerung zu erhöhen, eine Lohnreduktion forderten. Eine noch am 13. Juli tagende Konferenz der Gewerkschaftsuntionäre beschloß, daß die Textilarbeiter in Lambrecht, Ludwigshafen und Speyer die Kündigung einreichen sollten.

Den Auftakt zur Bewegung gaben die Tuchweber in Lambrecht. Dort bestanden seit längerer Zeit Differenzen wegen des Akkordlohnstarifes. Im Mai d. J. war eine provisorische Regelung getroffen worden. Die endgültige Erledigung sollte die Streitfrage mit den allgemeinen Verhandlungen für die Pfalz finden. Jetzt aber lehnten es die Unternehmer ab, in dieser Frage mit der Organisation zu verhandeln, bevor der allgemeine Lohnstarif abgeschlossen sei. Mit dieser Verschleppungstaktik waren jedoch die Weber nicht einverstanden. Sie beschloßen deshalb, am 16. Juni die Kündigung einzureichen. Am 23. Juni legten sie geschlossen die Arbeit nieder. Beteiligt waren an dieser Arbeitseinstellung zunächst etwa 200 Weber und Weberinnen. Am gleichen Tage reichte auch die übrige Textilarbeiterschaft von Lambrecht sowie die von Schönthal und Weidenthal die Kündigung ein. Geschlossen wurde nach Ablauf der Kündigungsfrist am 1. Juli die Arbeit eingestellt, so daß nunmehr bereits über 1000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen an der Arbeitseinstellung beteiligt waren.

Unter dem Druck der Arbeitseinstellung riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß Ludwigshafen an. Dieser setzte Verhandlungen auf den 8. Juli fest. Die Verhandlungen gestalteten sich infolge der vielen Anträge recht schwierig und dauerten entsprechend lange. Es wurde von 10 bis 20 Uhr ununterbrochen verhandelt und erst am 9. Juli mittags fällt der Schlichtungsausschuß nachstehenden Schiedspruch.

„I. 1. Mit Wirkung vom 4. Juli 1927 ab wird der Lohn in der pfälzischen Textilindustrie von 58 Pf. auf 62 Pf., vom 1. Oktober 1927 ab auf 63 Pf., der Sonderlohn für Ludwigshafen a. Rh. von 61 Pf. auf 64 Pf. bzw. vom 1. Oktober 1927 ab auf 65 Pf. erhöht.

2. In Ziffer III des Lohnabkommens vom 24. Mai 1926 wird die Zahl 10 durch 15 ersetzt (es handelt sich hier um den Facharbeiterzuschlag, der von bisher 10 Proz. auf 15 Proz. erhöht wurde).

3. Vorstehende Regelung gilt bis 31. März 1928 und kann von beiden Parteien mit vierwöchiger Frist zu diesem Zeitpunkt gekündigt werden. Erfolgt keine rechtzeitige Kündigung, so läuft die Regelung jeweils um vier Wochen mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen weiter.

4. Im Lohnabkommen vom 24. Mai 1927 wird das Wort „Sofarbeiterlohn“ in Ziffer II, III und IV durch Normallohn ersetzt.

II. 1. In § 2 Ziffer 1 Abs. II des Arbeitsvertrages vom 27. Mai 1926 wird die Zahl 20 durch 25 ersetzt (es handelt sich hier um die Mehrarbeitszuschläge von der 49. bis zur 54. Stunde).

2. In § 3 Abs. III wird hinter 50 Proz. (Zuschlag für Sonntagsarbeit) eingefügt: „mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages, des Osters- und Pfingstsonntages, an denen ein Zuschlag von 100 Proz. zu zahlen ist.“

3. In § 5 des Arbeitsvertrages wird Ziffer 3 gestrichen. (Nach Ziffer 3 war Voraussetzung für die Gewährung des vollen Urlaubs die Beschäftigung an mindestens 275 Tagen im Jahr. Für je 25 angefangene Arbeitstage, die an 275 fehlten, sollte der Urlaub um ein Zwölftel gekürzt werden.)

4. § 7 des Arbeitsvertrages lautet: „Dieser Tarif tritt am 15. Juli 1927 in Kraft. Er darf ohne Kündigung nicht aufgehoben werden. Die Kündigungsfrist beträgt vier Wochen auf den Schluß eines Kalenderjahres. Erster Kündigungstermin ist der 1. Juni 1928.“

III. Den Lambrecht-Neustädter Textillfabriken wird aufgegeben, mit ihren Belegschaften baldmöglichst Akkordvereinbarungen zu treffen.

IV. Den Parteien wird zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches eine Frist bis Freitag, den 15. Juli 1927, mittags 12 Uhr, gesetzt.“

Am 13. Juli beschloß eine Ortsverwaltungskonferenz beider Textilarbeiterverbände der Pfalz, den Schiedspruch anzunehmen, obgleich er nach mancher Richtung nicht befriedigte.

Da die Arbeitgeber, wie ja voraus zu sehen war, den Schiedspruch ablehnten, beantragten die Gewerkschaften die Verbindlichkeitsklärung beim Landeslichter für Bayern.

Inzwischen hatten auch die Textilarbeiter in Ludwigshafen und Speyer die Kündigung eingereicht. In Speyer traten am 9. Juli 400 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik, desgleichen in Ludwigshafen am 14. Juli etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Landeslichter für Bayern berief die Streikparteien zu Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zum 19. Juli nach Ludwigshafen. In der Verhandlung zeigten die Arbeitgeber nochmals ihr wahres Gesicht. Ungeregt von einer bestimmten Stelle in Berlin, gingen sie aufs Ganze. Für die Zeillöhner wollte man gnädigst einen oder zwei Pfennig Lohnhöhung gewähren. Für die Handwerker, Maschinisten und Heizer sollte die Erhöhung des Facharbeiterzuschlages nicht gelten. Für die Akkordarbeiter wollte man eine vollständig neue Regelung durchführen, die die gesamten Akkordarbeiter andauernd geschädigt hätten.

Keine Lohnhöhung, aber nennenswerte Lohnminderung hätte die Annahme dieses Vorschlages der Unternehmer für mindestens 80 Proz. der pfälzischen Textilarbeiterschaft gebracht. Darüber hinaus wollten sie die streikenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen nur neu einstellen, so daß diese ihrer bisher erworbenen Rechte, wie Urlaub usw., verlustig gegangen wären. Daß sie natürlich auch eine entsprechende Anzahl von Maßregelungen vornehmen wollten, braucht nicht besonders betont zu werden. Unter diesen Umständen zogen die Arbeitervertreter den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zurück. Trotzdem aber hat der Landeslichter für Bayern am 22. Juli „im öffentlichen Interesse“ den Spruch für verbindlich erklärt. Wahrscheinlich ist dies jedoch auf Betreiben der Arbeitgeber geschähen.

In der Streiklage selbst trat durch die Verbindlichkeitsklärung keine Änderung ein, da ja im Absatz III des Schiedspruches den Parteien aufgegeben wurde, bezüglich der Akkorddifferenzen baldmöglichst Vereinbarungen zu treffen. Darüber hinaus hieß es in der Begründung zu diesem Punkt: „Die neue Regelung der Akkordverhältnisse, insbesondere der Abschluß von Akkordvereinbarungen in den Lambrecht-Neustädter Textillfabriken erscheint dringend erforderlich zur Beseitigung der Differenzen, die auch jetzt wieder hauptsächlich Anlaß zur Beunruhigung geben.“ Der Kampf ging also weiter um eine möglichst günstige Regelung der Akkordfrage. Er fand sogar noch eine Verbreiterung, indem am 23. Juli die Spinnereiarbeiter und -arbeiterinnen der Kammgarnspinnerei in Kaiserslautern (etwa 450 Personen) sich dem Kampf anschlossen. Dieses hatten auch die Arbeitgeber wohl nicht vermutet, hatte doch erit in der Verhandlung vor dem Schlichter der Direktor der Kammgarnspinnerei in Kaiserslautern erklärt, daß seine Arbeiter nicht streiken werden. Schon am 25. Juli trat der Arbeitgeberverband an unsere Organisation heran, um über die Durchführung des Schiedspruches zu verhandeln. Die Verhandlungen fanden am 26. Juli statt und dauerten nochmals sehr lange. Sehr wohlthuend stachen die ruhigen, sachlichen Unternehmerrreden ab von den starken Tönen, die sie vor dem Landeslichter angeschlagen hatten. Es wurde vereinbart, daß am 27. Juli in Lambrecht über einen Rahmentarif für die Akkordarbeiter verhandelt werden soll. Das ist eine Vereinbarung, die voll und ganz den Forderungen der Arbeiterschaft entspricht. Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen über die Einstellung der Streikenden. Neueinstellung und Maßregelung hatten sich die Arbeitgeber auf ihre Fahne geschrieben. Auch Urlaub wollten die Unternehmer unter keinen Umständen für dieses Jahr gewähren, noch bezahlen. Aber auch darin mußten sie sich beugen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist nachstehende Vereinbarung:

„I. Auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruchs wird die Arbeit in den bestreikten Betrieben wieder aufgenommen, nachdem die im Schiedspruch vorgesehenen Verhandlungen erledigt sind.

II. Maßregelungen finden nicht statt. Die Betriebe werden nach Maßgabe der wirtschaftlichen Möglichkeit die Arbeit wieder aufnehmen, möglichst innerhalb drei Wochen.

III. Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die länger bestreikten Firmen haben mit ihren Betriebsräten über die Hinausschiebung des Urlaubs bis evtl. Jahreschluß zu verhandeln.“

Dieser Kompabchluß bedeutet für die pfälzische Textilarbeiterschaft und für die Organisation einen großen Erfolg.

Aus der Textilindustrie.

Errichtung einer neuen Textillfabrik in Jugoslawien.

Nach einer Meldung der „J. u. S.“ wird in Kocewje (Jugoslawien) eine neue große Textillfabrik errichtet. Mit jugoslawischem und jugoslawischem Kapital wird diese Fabrik gebaut. Es sollen Baumwollwaren hergestellt werden und wird zunächst die Fabrik für eine komplette Weberei und die dazu gehörende Nebenindustrie eingerichtet.

Bekannt wird, daß auch eine österreichische Gruppe mit jugoslawischen Firmen zwecks Errichtung einer größeren Tuchfabrik unterhandelt. Die jugoslawischen Zollsätze für Textilwaren, die die Einfuhr aus dem Auslande bedeutend erschweren, lassen bei den Unternehmern diese Pläne reifen.

Gewaltige Kapitalerhöhung — Glanzstoff-Bemberg.

Die Verwaltung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. zu Elberfeld beschloß, einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des 42 600 000 Mk. betragenden Grundkapitals um 18 300 000 Mk. auf 60 900 000 Mk. vorzuschlagen, durch die Ausgabe von 18 Mill. Mark auf den Inhaber lautenben Stammaktien und 300 000 Mk. Vorzugsaktien mit vierfachem Stimmrecht. Den Aktionären wird durch ein Bankenkonzortium ein Bezugsrecht dergestalt eingeräumt werden, daß auf 5 alte Stammaktien eine junge zu 120 Proz. und auf 2 Vorzugsaktien eine junge zu Pari bezogen werden kann. Das neue Kapital soll zum Ausbau der Werke des Konzerns und zur Erweiterung und Finanzierung der verschiedenen in- und ausländischen Interessen der Gesellschaft Verwendung finden.

Gleichzeitig hat die Verwaltung der J. L. Bemberg A.-G. beschlossen, zur Durchführung ihrer Vergrößerungspläne die Erhöhung des Aktienkapitals von 16 auf 28 Mill. Mark vorzunehmen. Den Aktionären soll ein Bezugsrecht eingeräumt werden, so daß auf vier alte Aktien eine neue von 120 Proz. bezogen werden kann. Die restlichen 8 Mill. Mark sollen zur Erweiterung und Vertiefung bestehender Interessenverbindungen benutzt werden.

Da die alten Aktien der Vereinigten Glanzstofffabriken etwa 760 und diejenigen der Bemberg A.-G. etwa 610 notieren, werden also mit den Anträgen der Verwaltungsorgane den Aktionären beider Unternehmungen wertvolle Geschenke gegeben, die zweifellos verdeckte Gewinne darstellen, wobei die Aktionäre der Bemberg-Gesellschaft bevorzugt sind.

Durch die riesenhaften Kapitalzusammenballungen verfügen die Unternehmungen über eine ungeheure wirtschaftliche Macht, die die Arbeiterschaft beachten muß. Gegenüber diesen Mammutkonzernen kann nur die festgeschlossene Macht der Arbeiterschaft etwas ausrichten.

Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Den Arbeitgebern ist der § 55 des Arbeitsnachweisgesetzes ein Dorn im Auge, weil nach ihm der Arbeitgeber mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft wird, wenn er den erlassenen Anordnungen über Einstellung ausländischer Arbeitnehmer zuwiderhandelt.

Die Vereintigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich schon mehrmals wegen Milderung dieser Strafbestimmungen an die Reichsarbeitsverwaltung gewandt, aber niemals Erfolg gehabt. Neuerdings hat der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung zu der von der Vereintigung angeregten Frage einer entsprechenden Gesetzesänderung erneut ablehnende Stellung genommen. Das Schreiben lautet:

„Eine Milderung der Strafbestimmungen, die im Arbeitsnachweisgesetz (§ 55 des Arbeitsnachweisgesetzes) für die unerlaubte Beschäftigung ausländischer Arbeiter vorgesehen sind, würde nach den Erfahrungen, die in dieser Beziehung vor Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes gemacht worden sind, mit Sicherheit zu einer erneuten Zunahme der unerlaubten Ausländerbeschäftigung und dadurch zu einer erheblichen Belastung des deutschen Arbeitsmarktes führen. Es muß leider immer wieder beobachtet werden, daß einzelne Arbeitgeber den Versuch machen, Ausländer in Fällen heranzuziehen, in denen dies nach Lage des Arbeitsmarktes und unter Berücksichtigung der allgemeinen deutschen Interessen nicht zu rechtfertigen ist.“

Ich muß deshalb davon absehen, mich für eine Abänderung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen einzusetzen und würde es sehr begrüßen, wenn sich die Vereintigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der Lage sähe, mich in dem Bestreben, die Belastung des Arbeitsmarktes durch ausländische Arbeitskräfte in erträglichen Grenzen zu halten, ihren Mitgliedsverbänden gegenüber zu unterstützen. Ich meinerseits bin jederzeit bereit, soviel an mir liegt, dazu beizutragen, daß Härten, die sich aus der Handhabung der Strafbestimmungen ergeben können, tunlichst vermieden werden. Uebrigens glaube ich, daß in Fällen, in denen das zuständige Landesarbeitsamt sich für eine Einstellung des Verfahrens ausgesprochen hat, im allgemeinen das Gericht von der Möglichkeit, das Verfahren einzustellen (§ 153 Abs. 3 St.Pr.Ord.), Gebrauch machen wird.

Die Arbeitgeber werden wohl schwer gelündigt haben, wenn sie so hartnäckig nach den Strafmildnerungen schreien. Von dem Lohnraub, den sie damit erzielen wollen, wollen wir gar nicht reden. Die Reichsarbeitsverwaltung wird genau wissen, warum sie keine Milderung eintreten lassen kann.

Der Vierte Internationale Gewerkschaftskongress in Paris.

In der ersten Augustwoche tritt in Paris der Vierte Internationale Gewerkschaftskongress zusammen, der sowohl innerorganisatorische, wie sozial- und weltpolitische Fragen zu beraten hat. Innere Organisationsfragen werden berührt bei dem Problem des organisatorischen Aufbaues des IGB., beim Verhältnis der Angestellten, Beamten und der freien Berufe zur Gewerkschaftsbewegung, bei der internationalen Hilfe für Lohnkämpfe und bei den Satzungsänderungen. Im Mittelpunkt der Sozialpolitik stehen: der internationale Kampf um den Achtstundentag, die wirtschaftliche Weltlage und der Kampf um das Gewerkschaftsrecht. Weltpolitisch zu werten ist die Behandlung der Abrüstungsfrage und der Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Es erscheint begreiflich, daß die innerorganisatorischen Probleme das Interesse der Gewerkschaften am meisten in Anspruch nehmen, zumal sie sich vor dieser Tagung besonders zugespitzt haben. Aber sie dürfen doch nicht als des alleinigen Interesses würdig erachtet werden, als ob von ihrer Lösung völlig die Bedeutung dieses Kongresses abhängt. Was den IGB. auf innerorganisatorischem Gebiet schmerzlich berührt, das sind Kinderkrankheiten, die bei einer so jungen Bewegung verständlicher erscheinen und schließlich überwunden werden müssen. Es ist sogar ganz zweifellos, daß der IGB. auch dann noch weiterleben wird, wenn in Paris nicht für alle diese inneren Schmerzen ein Heilmittel gefunden wird, da er eben leben muß. Aber sicher ist auch, daß er für seine sozialpolitischen Aufgaben geeignete Lösungen finden muß, aus denen die Gewerkschaften aller Länder die Kraft schöpfen, die Arbeiterinteressen sozialpolitisch zu schützen und zu befestigen. Ob freilich auch die Weltpolitik zu seinen ferneren Aufgaben gehören muß, ob Rüstungs- und Kriegsverhinderung eine Aufgabe bleiben kann, die die Gewerkschaften zu lösen vermögen, darüber können die Meinungen geteilt sein. Daß der IGB. nach dem Kriege, als die sozialistischen Arbeiterinternationalen teils zerrüttet und teils zerplittert waren, sich der Weltfriedenspropaganda mit Nachdruck annahm, war notwendig und gut, wenn er auch nicht in stande war, auch nur einen der seitdem entstandenen Kriege zu verhindern. Jedemfalls hat sich eine geschlossene Arbeiterphalanx der Welt, die dem Völkerbund in seinen Friedensbestrebungen zur Seite steht, bisher heilsam bewährt. Aber die Aufgaben der Gewerkschaften auf den Gebieten der Organisation, der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind im Wachsen begriffen und nicht in gleichem Maße wachsen die Mittel und Kräfte der internationalen gewerkschaftlichen Organisation. Eine Arbeitsteilung mit der neuen, geeinten sozialdemokratischen Internationale, die dieser die für sie geeigneteren Arbeitsgebiete überläßt, wäre daher sicher vorteilhaft. Rationalisierung ist auch auf diesem Gebiete von Nutzen.

Desto nachdrücklicher könnte der IGB. sich dann der Sozial- und Wirtschaftspolitik widmen. Auf letzterem Gebiete fehlt der Gewerkschaftsbewegung noch sehr vieles, und wenn auch das meiste davon in jedem Lande selbst getan werden muß, so bedarf es dazu doch auch oft der äußeren Anregung, daß das Notwendige getan wird, und der Erziehung, wie es zu tun wäre. Aber jedes Land bedarf des Austausches ausländischer Erfahrungen und Statistiken und der Anleitung zur richtigen Beurteilung derselben, und eine Reihe wirtschaftlicher Probleme, wie besonders die des Freihandels, der Handelsverträge und Zölle, sind derart international verflochten, daß internationale Untersuchungen unentbehrlich sind. Hier ist große Arbeit zu leisten, für die die Kräfte des IGB. bereitzuhalten sind. Auch die Sozialpolitik erfordert die internationale Beachtung in steigendem Maße. Das internationale Arbeitsamt in Genf leistet hier zwar eine wichtige Vorarbeit, die nicht hoch genug anerkannt werden kann. Aber diese ist belastet mit starken Hemmungen, die von den Regierungen der Länder und von den Arbeitgebern ausgehen, und denen gegenüber die Arbeiterklasse stark in Nachteil gerät. Sinnvoll zeigt dies das Schicksal des internationalen Achtfundentages, der vor acht Jahren in Washington begeistert beschlossen, seitdem von den Ländern und Unternehmern systematisch sabotiert wird. Hunderte Ausreden werden vorgebracht, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu verschleppen und zu hintertreiben. Jedes Land wartet auf ein anderes, ehe es sich zur Anerkennung des internationalen Abkommens bequemt. Um so mehr ist es notwendig, in allen Ländern die Aktivität der Arbeiterklasse zu stärken, um die Widerstände daselbst zu überwinden und auf diesem Wege den internationalen Fortschritt zu fördern. Auch das Gewerkschaftsrecht erfordert einen energischen gemeinsamen Kampf gegen jede Bedrohung, mit denen nicht bloß in den sogenannten feindseligen Ländern, wie Italien, Ungarn und Rumänien, sondern selbst in so zivilisierten Staaten wie England und Norwegen zu rechnen ist. Hier sollte jede Gewerkschaftsbewegung, die in irgendeinem Lande ihres Existenzrechts beraubt oder bedroht wird, eine sichere Stütze am IGB. finden, der sich der Bedrohungen nach besten Kräften annimmt. Wenn das bisher nicht immer mit Erfolg geschehen konnte, so muß das internationale Zusammenarbeiten fester gestaltet werden. So erfreulich manche Vorarbeit des Internationalen Arbeitsamtes ist, so entbehrt sie den IGB. doch nicht der Aufgabe und der Pflicht, auf diesem Gebiete selbständige Arbeit zu leisten und die Kräfte geistig und strategisch zu mobilisieren, die die Regierungen zwingen, auf die Seite der Arbeiter, anstatt der Arbeitgeber zu treten.

Die inneren Organisationsfragen, die in Paris beraten werden, stehen alle in einem gewissen Zusammenhang. Die Gewerkschaftsbewegung hat in vielen Ländern nach dem erstmaligen Aufschwung nach dem Kriege Rückschläge erfahren, die teils den Währungswirren, teils wirtschaftlichen oder psychologischen Ursachen geschuldet sind. Diese Rückschläge haben ihren Einfluß auch auf die Mittel und Kräfte des IGB. ausgeübt und über ihn noch aus. Sein gegenwärtiger Verwaltungsapparat ist der derzeitigen Finanzkraft der Landesgewerkschaften nicht mehr angepaßt. Man sucht nach Wegen, entweder die Beiträge zu vermehren, oder den Apparat einzuschränken und zu verbilligen. Soweit die Beitragsvermehrung erreicht werden kann durch Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, wird das alleseitig begrüßt werden müssen. Die Behandlung des Problems der Angestellten, Beamten und freien Berufe in der Gewerkschaftsbewegung muß gewiß von den zentralen Gesichtspunkten getrieben, sie wird aber ihren Ausgang finden in dem Bestreben, eine starke, geschlossene Organisation dieser Berufe dem IGB. zu präsentieren.

Soll dagegen eine Vermehrung der Einkünfte des IGB. durch Beitragserhöhung erstrebt werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Finanzkräfte vieler der angeschlossenen Länder nicht einmal zur Aufbringung des derzeitigen Beitragsbills ausreichen. Manchen Landeszentralen sind mit Rücksicht auf ihre zerrüttete Währung die Beiträge ermäßigt oder Reste erlassen; andere nehmen für sich lange Stundungen in Anspruch. Das alles geschieht, weil diese Länder außerstande sind, auch nur ihren jetzigen Beitragspflichten rechtzeitig und voll zu entsprechen. Eine Erhöhung dieser Beiträge stände nur auf dem Papier und bedeutete größere Belastung für die, die bisher ihren Verpflichtungen pünktlich nachgekommen sind. Auch Extrabeiträge würden schließlich praktisch nur auf die letzteren umgelegt werden können. Es bedeutet aber keine dauernde Stärkung des internationalen Zusammenwirkens, wenn die Lasten dauernd ungleich verteilt werden.

Eine fiktive Beitragsvermehrung will ein Antrag der österreichischen Landeszentrale herbeiführen, der durch Satzungsänderung die internationalen Berufsvereinigungen den Landeszentralen paritätisch als Mitglieder des IGB. gleichstellen, sie also entsprechend ihren Mitgliederzahlen mit gleich hohen Beiträgen belasten will. Dafür sollen sie im Vorstand und Ausschuß des IGB. in gleicher Stärke vertreten sein. Der IGB. war von Anfang an auf den Landesorganisationen der Gewerkschaften aufgebaut. Die Berufsinternationalen wurden später zu den Kongressen zugelassen, in Wien ging man darüber hinaus und räumte ihnen nun eine Vertretung im Ausschuß ein. Jetzt soll ihnen nicht nur eine weitere Vertretung im Vorstand gewährt werden, sondern obendrein ihre völlige Gleichstellung mit den Landesorganisationen erfolgen. Wir haben schon den Wiener Beschluß für verfehlt gehalten, weil er eine Doppelvertretung schafft. Der österreichische Antrag macht diesen Beschluß um nichts besser dadurch, daß er den Berufsinternationalen neben gleichen Rechten auch gleiche Pflichten auferlegen will. Denn jedes Gewerkschaftsmitglied gehört dem IGB. schon einmal durch seinen Nationalverband und die Landeszentrale an. Eine zweite Mitgliedschaft über den Weg der internationalen Berufsorganisation ist also überflüssig, eine zweite Beitragsbelastung um so mehr vom Uebel, da schon die gegenwärtige Beitragslast auf Schwierigkeiten stößt. Dazu darf nicht übersehen werden, daß die Berufsinternationalen viel zu wenig gefestigt sind, um solche Pflichten zu übernehmen. Sie verfügen keineswegs alle über eine feste Organisation mit Beiträgen, Satzungen und Exekutiven, sondern beschränken sich vielfach auf internationale Statistiken, die den Austausch von Informationen, Statistiken und Berichten vermitteln, und auf die gelegentliche Abhaltung von Konferenzen und Kongressen, deren Entschlüsse oft nur moralische Bindekraft haben. Selbst auf ihrem eigenen Gebiete der internationalen Streitunterstützung können sie nicht immer bindende Beschlüsse durchführen. Ihre Einordnung in ein festes Finanzprogramm des IGB. ist schon aus diesem Grunde ganz unmöglich. Ganz anders stehen die organisatorischen Zusammenhänge der nationalen Verbände mit ihren Landeszentralen, die satzungsgemäß und finanziell wohl gesichert sind und sich auf bewährte Exekutiven stützen können. Dazu kommt, daß die hauptsächlichste Gewerkschaftsarbeit überall zunächst im eigenen Lande geleistet werden muß, zumal sie in hohem Grade von der Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung in jedem Lande abhängig ist. An der Ausweitung dieser Rechtsgrundlagen arbeiten die Verbände mit ihren Landeszentralen im engsten Zusammenhang. In jedem Lande werden in erster Linie die Kräfte und Mittel für gewerkschaftliche und sozialpolitische Kämpfe aufgebracht. Auf dieses gewerkschaftliche Eigenleben jedes Landes kann die internationale Berufsorganisation nur geringen Einfluß ausüben. Der IGB. kann sich gewerkschaftlich und finanziell daher nur auf die Landesgewerkschaften stützen. Das besagt keineswegs, daß ihm die Berufsinternationalen bei seinen internationalen Aktionen keine wichtigen Dienste zu leisten vermöchten. Ein Zusammenwirken der Berufsinternationalen mit dem IGB. soll also gar nicht in Frage gestellt werden. Dazu bedarf es aber weder der Vertretung der ersteren im Vorstand und Ausschuß des IGB., noch einer Beitragszahlung an letzteren, der einer Doppelbesteuerung der Gewerkschaftsmitglieder gleichkäme. Könnte eine höhere Beitragsbelastung der Mitglieder der Gewerkschaften für den IGB. wirklich durchgeführt werden, so wäre es naheliegender und einfacher, die gegenwärtigen Beiträge zu erhöhen. Weshalb das nicht durchführbar ist, haben wir aber schon dargelegt. Die österreichische Satzungsänderung ist daher abzulehnen.

Es bleiben dann die Wege übrig, die Verwaltung des IGB. zu vereinfachen und zu verbilligen. Von den hierzu vorgeschlagenen Mitteln empfiehlt sich ohne weiteres die Reduzierung der Sekretäre auf eine verantwortlich leitende Kraft, der im Umfange der notwendigen Geschäfte Hilfskräfte zur Seite gestellt werden. Daß auch ein Hilfspersonal zu sparen ist, ergibt sich aus dem Umfange der wirklich vorhandenen Finanzmittel. Ueber die Notwendigkeit einer Sitzverlegung läßt sich schwer ein sicheres Urteil gewinnen. Wenn Amsterdam auch kein billiges Leben ermöglicht und Holland als Land, das außerhalb der Hauptsprachen steht, auch vom sprachlichen Gesichtspunkte aus nicht glücklich gewählt war, so kostet doch eine Sitzverlegung Geld und der Name Amsterdam ist bereits zum Programm geworden. Wir hoffen, daß der Kongress in dieser Frage nur nach eingehendster und gründlicher Prüfung eine Entscheidung treffen wird.

Zur inneren Organisation gehört auch die Frage der internationalen Hilfe bei Lohnkämpfen, die beim englischen Generalstreik eine erhebliche Rolle gespielt hat. Sicherlich sind damals gegen den IGB. ganz zu Unrecht Vorwürfe erhoben worden, daß seine Hilfe versagt habe, denn die Voraussetzungen jeder internationalen Hilfe ist doch, daß die nächstbeteiligte Landeszentrale sie beantragt. Wenn die englische Landesorganisation einen solchen Antrag nicht oder zu spät gestellt hat, so mögen hierfür taktische Gründe entscheidend gewesen sein. Dafür muß man jeder Landeszentrale die Selbständigkeit und Verantwortung überlassen. Aber jeder Rückschlag auf ein Verlangen der internationalen Hilfe daraus wäre verfehlt. Immerhin ist es vielleicht nützlich, gerade an Hand der englischen Erfahrungen zu prüfen, inwieweit die internationale gewerkschaftliche Hilfe wirksam gemacht werden kann, zumal auch während des Ruhrkampfes die Solidarität genug zu wünschen übrig ließ.

(Gewerkschafts-Stg.)

Facharbeitermangel, eine Folge unlauterer Unternehmerpraktiken.

Die Klagen über den Mangel an Facharbeitern in der deutschen Textilindustrie wollen kein Ende nehmen. Eifrige Zeilenschreiber bringen große Artikel darüber selbst in der ausländischen Presse, um einen Zugzug von ausländischen Textilarbeitern nach Deutschland herbeizuführen.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß in manchen Bezirken wenigstens kein allzu großer Ueberschuß an geübten Arbeitern zu verzeichnen ist. Wir halten das nicht gerade für einen Fehler, weder von unserm eigenen Standpunkt aus, noch von dem der Allgemeinheit. Vielleicht wird ganz allgemein das Textilunternehmertum dazu erzoogen, auch in Zeiten schlechterer Geschäftslage etwas weniger rigoros mit ihren guten Arbeitskräften zu verfahren und ihnen in bezug auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen etwas mehr entgegenzukommen. Ein tüchtiger Arbeiter will nun einmal etwas mehr verdienen als gerade des Lebens Nothdurft erfordert, und außerdem auch bezüglich der Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen ein gewisses Entgegenkommen sehen.

Trotzdem ist es notwendig, auch einmal zu untersuchen, wie denn dieser Facharbeitermangel entsteht. Einige aus einem bestimmten Anlaß vorgenommene Stichproben haben uns nun Material gegeben, das ein eigenartiges Licht auf das Zustandekommen der Klagen über den Facharbeitermangel wirft. So forderten die Forster Textilindustriellen nicht weniger als 700—800 Leute zum Anlernen an. Die Arbeitsämter waren sofort bereit, da in Forst selbst angeblich Arbeitslose überhaupt nicht vorhanden waren, 700—800 Arbeitslose aus anderen Bezirken aus Cottbus nach Forst zu dirigieren, um sie von den Forster Textilarbeitern anlernen zu lassen. Wohl gemerkt, ohne sich vorher bemüht zu haben, die Textilarbeiter auch nur darum zu befragen. Als diese dann sich weigerten, gab es ein großes Gehebe. Jedemfalls führte die Weigerung der Arbeiter, Fremde anzulernen, dazu, daß man endlich den Weg fand, auch diese um ihre Meinung zu befragen. Es führte dies zu einem Abkommen, wonach unter bestimmten Bedingungen Fremde angeleitet werden, und siehe da, mit einem Male war keine Rede mehr von einem Bedarf von mehreren Hundert Leuten, sondern mit Mühe und Not wurden einige Unternehmer gefunden, die bereit waren, einige wenige Arbeitskräfte anlernen zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit haben wir festgestellt, daß an dem angeblichen Mangel noch andere Umstände schuld sind. So wird uns aus einer Reihe von brandenburgischen Orten berichtet, daß Arbeiter von über 40 und 50 Jahren aus geringfügigstem Anlaß entlassen und, weil „zu alt“, nirgends wieder eingestellt werden. Darunter ganz leistungsfähige, gelernte Arbeitskräfte.

In Spremberg haben die Unternehmer nach berühmten Mustern ein Abkommen getroffen, wonach kein Arbeitgeber einen Arbeiter einstellt, der aus einem anderen Betrieb kommt, ganz gleich, aus welchem Grunde er den Betrieb wechselt. Diese Arbeiter müssen erst mindestens 8—14 Tage arbeitslos bleiben, ehe sie von einem anderen Arbeitgeber eingestellt werden. Damit schafft man eine ziemlich künstliche Arbeitslosenziffer, und die Leute wechseln dauernd. Und dann jammert man über ungenügende Produktion.

Es wird uns ferner mitgeteilt, daß in Landsberg a. d. W. in der Zutepperei wahr diejenigen Arbeitskräfte, welche längere Zeit krank sind, entlassen und nicht wieder eingestellt werden, um die Betriebskrankentasse mit Leuten, die sie in Anspruch nehmen, nicht zu belasten. Allgemein aber ist die Auffassung verbreitet, daß es den Arbeitgebern, die sich in Zeiten der Krise äußerst rigoros gegen die Arbeiterschaft benehmen haben, gar nichts schadet, wenn sie einmal nicht wahllos über Arbeitskräfte verfügen können. Andererseits aber kommt allgemein zum Ausdruck, daß der angebliche Facharbeitermangel sofort behoben sein würde, wenn man sich herbeilassen wollte, anständige Arbeitsbedingungen, die auch einmal über den Zwangsschiedspruch hinausgehen, zu gewähren, weil viele Textilarbeiter wegen Schikanen der Unternehmer die Industrie verlassen haben und lieber irgendwo anders ihr Brot suchen.

Gleiches Recht für alle!

Bekanntlich haben einige Gerichte eine bewundernswerte Findigkeit entwickelt bei dem Erlaß von einstweiligen Verfügungen gegen uns. Sowohl in Leipzig als auch in Hamburg, Meiningen und anderen Orten war die Sache so furchtbar eilig, daß nicht einmal Zeit war, die beklagte Organisation vor Erlaß einer so schwerwiegenden einstweiligen Verfügung, mittels derer die Arbeiter dem Gläubiger überliefert wurden, zu hören. Die Gerichte können aber auch anders. So denkt der Betrieb der Nordmollkonzerne in Langensalza nicht daran, den verbindlich erklärten Schiedspruch zu erfüllen, indem er einen Teil der Streitenden nicht wieder einstellen will. Auch wir haben eine einstweilige Verfügung gegen die Firma beantragt, um diese zu veranlassen, den Schiedspruch zu erfüllen. Wertwürdigerweise lehnte aber das dortige Gericht ab, die Verfügung zu erlassen, ohne die Firma zu hören. Ja, es wollte sogar die Sache überhaupt nicht mehr behandeln, da es in einigen Tagen doch aufhöre zu existieren. Das Landgericht erst mußte angerufen werden, um dem Gewerkebegehr klar zu machen, daß es die Sache zu behandeln habe. Aber bis heute ist die Verfügung noch nicht ergangen.

Auch in Eisenach scheint man keine Eile zu haben, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt. Auf alle mögliche Weise sucht die Rammergrünspinnerei die Erledigung einer von uns erhobenen Klage hinauszuschieben. Mit allerhand Ausreden wird versucht, die Klage solange zu verschleppen, bis über einen Einspruch entschieden worden ist, den die Firmen gegen den Schiedspruch eingelegt haben. Wenn dem stattgegeben würde, müßten allerdings die Arbeiter lange warten, bis sie zu ihrem Rechte kämen. Aber auch dies ist ein Beispiel dafür, daß man so und auch anders kann. Die größte Eile bei Verfahren gegen die Arbeiter und deren Organisation, größte Gemächlichkeit aber, wenn es sich um Klagen gegen tarifbrüchige Firmen handelt.

Erzgebirgische Märchenerzähler.

Die erzgebirgischen Unternehmer gegen den Fabrikneubau der Glanzstofffabriken in Lannenberg.

Die Vereinigten Glanzstofffabriken A.-G., Elberfeld, beschließen, in Lannenberg bei Annaberg im oberen Erzgebirge einen Fabrikneubau zu errichten, in welchem 500 bis 700 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen. Diese Tatsache hat die Arbeitgeber und namentlich die Textilarbeitgeber im Erzgebirge in scharfe Aufregung versetzt. Sie erblicken in dem Unternehmen der Glanzstofffabriken einen Einbruch in die privilegierten Jagdgründe der dort heimischen Textilindustrie und fürchten eine Schmälerung des Profites, was sie unter allen Umständen verhindern möchten. Zunächst versuchten die erzgebirgischen Textilarbeitgeberverbände die Behörden gegen das Unternehmen der Glanzstofffabriken aufzuwecken, damit diese den Neubau verhindern sollten. Die Behörden kamen aber den Unternehmerwünschen in diesem Falle nicht entgegen. Ja, einige behördlichen Stellen begrüßten es sogar besonders, daß durch den Fabrikneubau ein neuer Erwerbszweig entsteht, wodurch für eine große Zahl von Arbeitskräften, die heute noch unter den drückenden Verhältnissen der Heimarbeit leiden, bessere Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Nachdem dem Wirken der Arbeitgeberverbände bei den Behörden ein Erfolg nicht beschieden war, setzten sie bei der Direktion der Vereinigten Glanzstofffabriken auseinander, wie ungewöhnlich (?) die Errichtung eines Fabrikneubaus in Lannenberg sei. Das Schreiben datiert vom 31. Mai 1927 und ist gezeichnet vom Gesamtverband der Vereinigten Arbeitgeberverbände im oberen Erzgebirge, Sitz Annaberg. Was sich die erzgebirgischen Unternehmer an Uebertreibungen über die Arbeitsmarktlage in dem Schreiben leisten, stellt die Leistungen Potemkins völlig in den Schatten. Diese hochentwickelten Fähigkeiten des Märchenerzählers ist eine natürliche Eigenschaft der Arbeitgeber im oberen Erzgebirge, wo es viel Wald und viele Witschützen gibt. Das Jägerlatein ist ihnen im Laufe der Generationen immer geläufiger geworden. Vor 80 oder 100 Jahren, als die Großväter der Annaberger Fabrikanten noch mit Rußbutten handelten, da hätten diese Uebertreibungen vielleicht noch gläubige gefunden, aber in der nüchternen Gegenwart dürfte dies kaum der Fall sein. Die Erwiderung der Direktion der Vereinigten Glanzstofffabriken auf das Unternehmer schreiben beweist schon, daß die Glanzstofffabriken auf diese Märchenerzählereien nicht hereinfallen.

Für unsere Mitglieder dürfte es aber von Interesse sein, die Uebertreibungen der erzgebirgischen Unternehmerverbände kennenzulernen. Wir wollen deshalb einige Blüten aus dem Schreiben zum Abdruck bringen. Es wird u. a. gesagt: „Von den Vertretern der einzelnen Orte, die in unmittelbarer Nähe und etwas weiter entfernt von Lannenberg liegen, wurde

darauf hingewiesen, daß es etwa seit zwei Jahren ein Ding der Unmöglichkeit wäre, überhaupt weibliche Arbeitskräfte zu bekommen.“ ... können wir feststellen, daß in den letzten Jahren die Löhne für die weiblichen Arbeitskräfte unverhältnismäßig hoch gegenüber den Löhnen der anderen Branchen (Metall, Holz, Papier usw.) gestiegen sind.“ ... „In Lannenberg selbst und in der näheren und weiteren Umgebung sind brauchbare weibliche Arbeitskräfte überhaupt nicht mehr vorhanden, trotzdem verschiedene Betriebe der Posamenten- und Strickerindustrie teilweise noch nicht voll im Betrieb sind.“

So was ist einfach schrecklich und trotz alledem wollen die Glanzstofffabriken noch einen Betrieb dort errichten. Wie schlimm wird es dann den armen erzgebirgischen Textilarbeitgebern ergehen.

An anderer Stelle heißt es: „Tschechoslowakische Arbeitskräfte sind aus den an der Grenze gelegenen Gebieten wegen der dort gut entwickelten Industrie nicht mehr zu erhalten und in größerer Anzahl können diese ausländischen Arbeitskräfte auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht über die Grenze gelassen werden. Beschleicht es in einzelnen Fällen, dann nur unter großen Kämpfen mit den sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftsvertretern.“

Man sieht, das Winken mit dem roten Lappen soll auch noch seine Wirkung ausüben. ... trotzdem 25 und 30 Proz. Zuschlag zu den Tariflöhnen geboten wurden, wäre kein Mädchen zu haben. Große Firmen, die Erweiterungsbauten planen, haben diese nicht ausgeführt, sondern Filialbetriebe in Gegenden verlegt, in denen sie keine Lohnkämpfe zu erwarten hätten, und nur Löhne zu bezahlen brauchten, die in einem gesunden Verhältnis zum Gewinn ständen.“

Wo die billigeren Leute zu haben sind, verraten die „Schlauen“ Annaberger Unternehmer natürlich nicht. Das wird für sie ein Geheimnis für alle Zeiten bleiben.

„Aus allen diesen Ausführungen, die von den anwesenden Herren gemacht wurden, ging hervor, daß durch die beabsichtigte Errichtung Ihres Werkes schwerste Erschütterungen des Arbeitsmarktes und eine große Gefährdung des Wirtschaftsfriedens in unserem Bezirke herbeigeführt würde. Es klang in den Worten der einzelnen Redner nicht der Konkurrenzneid oder die Besorgnis um die eigene Existenz hervor, als vielmehr die Furcht vor den Kämpfen, die um die Heranschaffung geeigneter Arbeitskräfte einlehen würden. Das Lohnniveau, das schon ein hohes ist, die Lebenshaltungskosten unseres Bezirkes, die bei allen Tarifverhandlungen immer wieder und nicht mit Unrecht ausgespielt werden, könnten in einer Weise emporgeschraubt werden, die auch die bestfundiertesten Betriebe schwer schädigen und ihre gesunde Existenz gefährden würden.“

Wie der Fuchs mit der Rute seine Spur verwischt, so versuchen die Unternehmer in ihrem Schreiben noch besonders

glauben zu machen, daß nicht Konkurrenzneid oder die Besorgnis um die eigene Existenz sie zu den Schritten gegen den Neubau der Glanzstoffwerke geleitet haben. Diese Behauptung wird aber nicht viel helfen, sie sind erkannt.

Die Vereinigten Glanzstofffabriken A.-G. haben das Schreiben so aufgenommen, wie es aufzunehmen ist. Sie erklärten in ihrem Antwortschreiben vom 7. Juni: „Wir haben uns selbstverständlich über die Frage des Arbeitererzuges vorher mit allen zuständigen amtlichen Stellen eingehend besprochen und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß ohne Schädigung der dort bestehenden Industrien die von uns benötigte Zahl der Arbeitskräfte im Laufe der Zeit beschafft werden kann. Sie verweist ferner darauf, daß auch von größeren Werken des Bezirkes Mitteilungen gemacht worden sind, worin ihre Absicht mit Lannenberg durchaus begrüßt wird, da man sich davon nur eine günstige Einwirkung auf die ganzen dortigen Verhältnisse versprache. Kurz: Der Gesamtverband der Vereinigten Arbeitgeberverbände im oberen Erzgebirge hat mit seinem Schreiben kein Glück. Die Uebertreibungen, denen sich die Arbeitgeberverbände schuldig gemacht haben, konnten kleinliche Nachbeter nicht finden. Die Arbeitgeber im oberen Erzgebirge wollen eben ein Privileg auf die Ausbeutung der erzgebirgischen Arbeiterschaft haben. Wir begrüßen, daß dieses Privileg endlich durchbrochen wird. Vielleicht wird es dann möglich, auch bessere Verhältnisse für die dortige Arbeiterschaft herbeizuführen, die unter der unverständlichen Haltung des dortigen Unternehmertums außerordentlich schwer zu leiden hat. In dem oberen Erzgebirge werden seit Jahrzehnten die allererbärmlichsten Löhne gezahlt, obwohl die Industrien weit höhere Löhne zu zahlen in der Lage wären. Die bescheidensten Forderungen der Arbeiterschaft stoßen dort immer auf einen verständnislosen Widerstand der Unternehmer, die glauben, daß nur durch die Zahlung von niedrigen Löhnen die Industrie bestehen könne.“

Aus der Textilindustrie.

Baumwollhaufe.

Seit Januar 1927 sind die Baumwollpreise wieder ständig im Ansteigen, trotzdem ein wirklicher Grund für die Erhöhung der Preise nicht vorliegt. Die Hauffiers haben eben die Oberhand und trotz der Reformen vom vorigen Jahr, die eine wesentliche Senkung der Baumwollpreise herbeiführte, gelang es ihnen, die Preise wieder allmählich in die Höhe zu treiben. In der letzten Zeit sind die Preise beträchtlich gestiegen. Die Ueberschemmungen am Mississippi, die einen großen Teil Baumwollandes unter Wasser setzten, mögen dieser Preissteigerung Vorschub geleistet haben. Hinzukommt noch, daß die angebaute Fläche um 12,4 Proz. kleiner als im Vorjahr ist. Daneben wird jetzt noch die Weidung verbreitet, daß der Rüsselkäfer die neue Ernte stark bedrohe. Die Ernteschäden gehen schwanken gegenwärtig zwischen 14 bis 15 Millionen Ballen. Da aus dem Vorjahr ein beträchtlicher Teil der Baumwolle un verarbeitet blieb, so ist auch die Versorgung der Baumwollindustrie für das laufende Jahr mit Rohstoff gesichert. Die Preistreiber sind deshalb nicht recht verständlich. In welcher Weise die Baumwollpreise seit Januar gestiegen sind, zeigen folgende Zahlen:

Anfang Januar	12,80 Cents
Februar	13,65 "
März	14,85 "
April	14,40 "
Mai	15,45 "
Juni	19,95 "
am 9. Juli	17,35 "

Nach New York notierte am 22. Juli 18,60 Dollarcent. Seit Anfang Januar ist sonach der Baumwollpreis im ganzen über 45 Proz. gestiegen.

Preiserhöhungen für Luche.

Der Fabrikantenverein zu Forst, der M.-Glabbacher Tuchfabrikantenverein und der Verband der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe e. B. haben an ihre Abnehmer ein Rundschreiben mit nachstehendem Text verschickt:

Die Mitglieder der unterzeichneten Fabrikantenverbände sind darüber einig, daß die Erhöhung der Produktionskosten der Rohstoffpreise und der sozialen Lasten, sowie die sich aus der Uenderung der Verkaufslieferungs- und Zahlungsbedingungen der Deutschen Tuchkonvention ergebenden Mehrbelastung, eine weitere Erhöhung der Fabrikantenpreise erforderlich macht. Sie sind deshalb zu dem Entschluß gekommen, ihre Preise um 10 bis 15 Proz. zu erhöhen.

Die Begründung der Preiserhöhung ist eine Wiederholung, die schon bei früheren Preiserhöhungen in Anwendung gebracht worden ist. Die Begründung wird deshalb auch von den Abnehmern nicht ernst genommen werden. Die Tuchkonvention stützt sich eben auf ihre Macht und damit basta.

Ein neues Herstellungsverfahren für Kunstseide.

Nach Mitteilung der „Textilzeitung“ gab auf der Generalversammlung der „Scottish Artificial Silks“ der Präsident Mr. John Morrison in seinem Bericht eine Bestätigung der in der letzten Zeit vielfach gehörten Gerüchte, daß der Konzern ein neues Verfahren bei der Herstellung von Kunstseidengarnen und Stapelfasern zu verwenden gedenkt. Nach Ansicht der Direktoren der „Scottish Artificial Silks“ wird das neue Verfahren sowohl die Herstellungskosten vermindern wie die Qualität verbessern. Die Geschäftsleitung hält es jedoch vorläufig noch nicht für angebracht, nähere Einzelheiten an die Öffentlichkeit zu bringen.

Wirtschaft.

Fleischpreise und konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckung.

Der „Heimatdienst“ (Zulieferer) hat kürzlich eine Mitteilung über die Gestaltung der Schweinefleischpreise auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher gebracht, die von der Presse aufgenommen worden ist. Die — nach der Pressenotiz — in dieser Mitteilung enthaltenen Zahlenangaben müssen irreführend wirken, da sie in der verallgemeinerten Form nicht zutreffen. So wird darin behauptet, daß augenblicklich Schweinefleisch für 1,31 Mk. das Pfund kaum zu haben sei, man müsse dafür 1,50 Mk. bis 1,60 Mk. bezahlen, obgleich der Preis beim Landwirt, der bis Ende Mai 57,4 Pf. je Pfund betrug, sich nur unwesentlich verändert habe.

Die Unrichtigkeit dieser Zahlen geht aus folgendem hervor: Am Hamburger Schweinemarkt, der maßgeblich für weite Gebiete ist, kosteten Schweine der Klassen a bis c je 100 Pfund in der Zeit vom 3. Juni bis 12. Juli d. J. zwischen 55 Mk.

Stiel des Frauen: Mitzubauen
Dollbesagt und selbstbesetzt!

* FRAUENTEIL *

Zu erhalten, zu gestalten
Großen Zug der Menschlichkeit!
Karl Handke!

Zum 11. August, dem Geburtstag der deutschen Reichsverfassung.

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben“, das ist der Willensausdruck, von dem die Vertreter des deutschen Volkes in der Nationalversammlung zu Weimar bei Annahme der Reichsverfassung beherrschet waren. Deutschland hat die freieste Verfassung der Welt, so lautet die Ansicht des Auslandes. Denn durch diese Verfassung ist jeder Deutsche vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Infolge dieser Bedeutung muß es Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, speziell auch der Arbeiterinnen sein, aktiv an der Neugestaltung des Staates mitzuwirken und den Inhalt der Reichsverfassung in die Tat umzusetzen.

Um das Interesse der Arbeiterinnen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen zu wecken, ist es immer wieder notwendig, die Vorteile, Rechte wie Pflichten, die die Reichsverfassung für die Frauen enthält, zu behandeln. Durch den Artikel 109 ist der Frau das gleiche Wahlrecht gegeben, dessen Bedeutung den Frauen durch ihre mangelnde Vertretung in den einzelnen gesetzgebenden Körperschaften bei Schaffung von Schutzgesetzen und dergleichen bemußt werden müßte. **Wahlrecht bedeutet auch Wahlpflicht.** Würden alle Arbeiterinnen nach diesem Grundgesetz handeln, so würde ihr Einfluß in den einzelnen Körperschaften ein viel stärkerer sein. — Auch das Gemeinheitsleben ist auf eine andere Grundlage gestellt. In Artikel 119 ist festgelegt, daß die Ehe auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruht. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Durch den Artikel 121 sind den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie den ehelichen Kindern zu schaffen. Damit wird ein schon längst erkanntes Unrecht beseitigt, das bisher dem unehelichen Kinde auf seinem ganzen Lebenswege Schwierigkeiten bereitet. Darüber hinaus wird dem Staat und der Gemeinde zur Pflicht gemacht, für die Gesundheit und Förderung der Familie zu sorgen. Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche oder geistige Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. — Ergibt sich aus dem Erwähnten hauptsächlich der Rechtsanspruch der Frauen und der Jugend an Staat und Gesellschaft, so wird nach dem Artikel 132 und 133 jedem Staatsbürger, jeder Staatsbürgerin zur Pflicht gemacht, zur Förderung des Gemeinheitslebens ehrenamtliche Tätigkeiten nach Maßgabe der Gesetze zu übernehmen, und ferner nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu übernehmen. Gewiß gehört zur Uebernahme von Ehrenämtern ein bestimmter Bildungsgrad, doch der organisierten Arbeiterschaft dürfte es nicht schwer fallen, sich durch die gewerkschaftliche Schulung die notwendigen Kenntnisse anzueignen. Bereicherung des Wissens auf allen öffentlichen, wirtschaftlichen wie politischen Gebieten gibt erst den Ansporn zur aktiven Mitarbeit. Dieser Tatsache sollte sich keine Arbeiterin verschließen, wenn sie ernstlich gewillt ist, mitzuarbeiten an der Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft.

Darum, Arbeitsschwestern, würdigt den 11. August als den Tag eurer Befreiung und

bringt gemeinsam zum Ausdruck, daß ihre auch als Staatsbürgerinnen eure Stellung zu erkämpfen und zu festigen wißt.

Die Bedeutung der Sexual- und Eheberatung.

Wirtschaftliche und staatspolitische Umwälzungen, wie wir sie nach dem furchtbaren Weltkriege erlebt haben, bringen jeweils auch Umwandlungen in den Beziehungen der Geschlechter zu einander mit sich. War im alten Obrigkeitstaa die bürgerliche Moral (Doppelmoral) vorherrschend, so hat sich im Laufe der Zeit manche Uenderung zugunsten einer neuen Moral, deren Grundsatz auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruht, vollzogen. Ein jeder, der im öffentlichen Leben steht, weiß aber, daß mit Beginn einer neuen Epoche nicht gleichzeitig alle alten Vorurteile fallen, sondern daß die Menschheit eine geraume Zeit braucht, um sich von altüberlebten Gewohnheiten und Ansichten freizumachen. Das trifft ganz besonders auf Fragen des Sexuallebens zu. Solche Beispiele erleben wir täglich. Wie wenig Verständnis wird oft seitens der Eltern der Jugend entgegengebracht, die in ihrer Pubertätszeit aus Unkenntnis der Dinge in schwere seelische Konflikte geraten, die nicht selten zu unheilvollen Folgen führen. Gerade in dieser Zeit bedarf die Jugend dringlich der sexuellen Aufklärung, die oft von den Eltern nicht erteilt werden kann, weil diese selbst noch Hemmungen unterworfen sind oder weil es ihnen an Zeit mangelt, sich ihren Kindern zu widmen. Deshalb ist es Aufgabe der Gesellschaft, sich dieser Frage anzunehmen und durch entsprechende Maßnahmen Einrichtungen zu schaffen, wo die jugendlichen Rat erhalten. Diesem Zwecke dienen die durch den Staat und die Gemeinden eingerichteten Sexualberatungsstellen, die unter ärztlicher Leitung stehen. Rat und Hilfe gewähren diese Einrichtungen auch denen, die vor ihrer Verheiratung stehen und die sich der großen Verantwortung dieser Lebenswende bewußt sind im Interesse eines gesunden Nachwuchses, wie im Interesse der Volksgesundheit überhaupt. Ein ärztliches Gesundheitsattest der beiden Ehepartner soll die Voraussetzung aller Eheschließenden sein. Wie notwendig ferner eine Eheberatung ist, zeigen uns die vielen unglücklichen Ehen, die oft aus Unkenntnis geschlossen worden sind. Hier helfend einzugreifen und beratend mitzuwirken, haben sich die öffentlichen Eheberatungsstellen zur besonderen Pflicht gemacht. Die bisher in fast allen größeren Gemeinden und Städten Deutschlands errichteten Sexual- und Eheberatungsstellen konnten schon über eine sehr segensreiche Tätigkeit berichten. Wobei sind ungefähr in ganz Deutschland 100 derartige Einrichtungen geschaffen worden, doch gemessen an den vielen Mißständen, unter der die jetzige Generation noch stark zu leiden hat, ist diese Zahl viel zu gering. Andererseits dürfte der Wert dieser Einrichtungen in Arbeiterkreisen noch nicht richtig erkannt worden sein, denn allgemein wird in den Berichten darauf hingewiesen, daß sich die Arbeiterschaft gegenüber anderen Kreisen prozentual sehr wenig Rat holt, obwohl doch die arbeitende Jugend wie die Arbeiterfrau am meisten Rat und Hilfe bedarf. Vertrauenerweckend dürfte für manche Arbeiterin sein, daß auch Herzinnen in diesen Beratungsstellen tätig sind, die auf die weibliche Eigenart ganz besonders eingehen. Da es im Interesse der Volksgesundheit liegt, eine gesunde Geburtenregulierung zu fördern, so ist es auch unsere Pflicht, auf die Einrichtungen hinzuweisen, die zu diesem Zwecke durch die Mitwirkung ärztlicher Vereinigungen und des Bundes für Mutterchutz geschaffen worden sind.



GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSSIGARETTEN

THADMOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf. ZERONTH zu 5 Pf. * duftig * leicht * mild

Nur zu haben im KONSUMVEREIN

Inhalt: Ein erfolgreicher Kampf der pfälzischen Textilarbeiter... - Bilanzstoff-Bomben. - Beschäftigung ausländischer Arbeiter...

lastung erteilt. Den Bericht vom Verbandstag in Ham- burg" erhaltete Kollege Gütler. Die Berichterstattung konnte sich auf die Beschlüsse beschränken, die Neuerungen in unserem Ver- bande bringen, da bereits im "Textilarbeiter" sehr eingehend be- richtet worden ist.

(Niedrigstsch) und 63 Mt. (Höchstsch). Die Großeinkaufs- gesellschaft zahlte ab Land in der gleichen Zeit für 100 Pfund 53 bis 57 Mt.

Aus der Tatsache, daß es eben doch möglich ist, im Konsum- verein Schweinefleisch nicht allein für den angegebenen Min- destpreis von 1,81 Mt. je Pfund, sondern sogar weit billiger, nämlich für 0,88 Mt. bis 1,12 Mt. zu erhalten, ergibt sich für den denkenden Verbraucher mit zwingender Deutlichkeit, daß die Bedarfsdeckung im Konsumverein von größtem Vorteil ist und daß man allgemeine Zahlenangaben stets erst nach- prüfen muß, che man daraus womöglich falsche Schlüsse zieht.

Aus der Arbeiterbewegung.

Urlaubsverzicht — eine Gefahr.

Es hat sich in verschiedenen Werken der Brauch heraus- gebildet, daß nicht wenige Arbeiter und Angestellte auf ihren Sommerurlaub verzichten und sich diese Zeit extra bezahlen lassen. Hierin liegt eine schwere Gefahr für den Weiter- bestand des besonders für die Arbeitererschaft erst nach harten Kämpfen errungenen und behaupteten Urlaubsrechtes.

Soziales.

Auf dem 31. Krankefrentag, der am 24. Juli in der Stadthalle in Königsberg i. Pr. stattfand, sprach sich der geschäftsführende Vor- sitzende des Allgemeinen Verbandes der Krankenkassen in seinem Geschäftsbericht (scharf gegen die Hege, die gegen die Krankenkassen von besonderer Seite betrieben wird, aus. Er wies besonders darauf hin, daß gewisse Kreise sich nicht scheuen, der Presse offensbare Un- wahrheiten zu übermitteln, die von der Presse in gutem Glauben weitergegeben werden.

Berichte aus Fachreisen.

Breslau. Am 21. Juli fand im Gewerkschaftshaus die Quartals- versammlung der Gewerkschaften und Kassenberichterstattung der Gewerkschaften. Unter Ugkharer wurde berichtet, daß am 20. und 21. Juli Versammlungen und Spargen stattgefunden haben. Geschäftsleiter, Mitglieder, Kaufleute wurden 17.931 zur Beteiligung gebracht. Im Konferenzabend wurde in 31 Ausgaben erledigt. Telefonanrufe wurden 165 durch das Bureau erledigt. Der Kassenertrag betrug in Umsatzen und Ausgaben mit 5136,56 Mark. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Geschäftsführer Ent-

um und erklärte, daß im Kampf um die kulturelle Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung die größten Hemmnisse in den Betrieben liegen. Die gefühlige Arbeitszeit betrage 48 Stunden, und wenn das der Wille von 600 000 Textilarbeitern wäre, die 48-Stunden- Woche durchzubrüden, dann könne sie keine Macht der Erde daran hindern. Zugleich, diese Macht reichte aus, um auch den eintretenden „Lohnverlust“ zum größten Teil sofort weitzumachen. Der Bericht über die Kassenverhältnisse füllte den dritten Punkt der Tagesordnung. Hier konnte der Kollege Harzer nachweisen, daß wir nicht nur in der Mitgliederzahl erheblich zugenommen haben, sondern daß wir auch mit der durchschnittlichen Leistung der Verbandsbeiträge in Sachsen mit an der Spitze stehen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Eine wichtige Angelegenheit wurde im vierten Punkt verhandelt. Der Ortsausschuß des DDBB. von Gelsenau umringend will im Verein mit der Volkshochschule Thum eine Wirtschaftsschule und Betriebsräteschule errichten. Wie wenig es ist, die Gewerkschaftler eingehender für dieses Amt vorzubereiten, erkennt man daran, daß im Kartellbezirk in rund hundert Betrieben keine Betriebsvertretungen vorhanden sind. Das ist ein ungeheurer Verlust für die gesamte Arbeitsrechts- und Wirtschafts- verfassung der Zukunft. Diese Betriebe häufen keine Erfahrung auf und bilden somit immer einen Bearbeitungskomplex, der allem fortschrittlichen Wirken der Arbeiterbewegung hemmend entgegensteht. Für die amtierenden Betriebsräte soll die Schule neues Rüstzeug entsprechend den gesteigerten Anforderungen an die Hand geben. Das und vieles andere will die Schule beheben. Der vorliegende Programmwurf fand ungeteilte Zustimmung. Im fünften Punkte der Tagesordnung wurde das Programm des Gewerkschaftsfestes bekanntgegeben. Für die am 6. August in Dresden stattfindende Gaukonferenz wurden die Kollegen Oskar Reuter und Kurt Richter einstimmig gewählt.

Gelsenau. Die Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes veranstaltete für die Jubilare einen wohlgeleiteten Ehrenabend. Es waren einige genußreiche Stunden für die Teilnehmer, bei welchen aber auch gleichzeitig die Erfolge des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes deutlich in den Vordergrund der Veranstaltung gerückt wurden. Bei der Bestreitung des Programms rangen Leipziger Arbeiter mit der Arbeiterjäger-Vereinigung des Dorfes um den Höhepunkt des gesamten Programms. In diesem Kampfe wurde den Jubilaren die schönste und erhabenste Seite proletarischer Wirkens vormonstriert. Wer will sagen, wer der Beste war? Es galt, den Arbeitern das Beste zu bringen, weil das für sie gerade gut genug ist und die Beteiligten zu höherem Streben reizt. Die Sängervereinigung eröffnete die Veranstaltung mit dem Lied: „Krönt den Tag!“ Die Geschwister Bötschel aus Leipzig boten ein Adagio von Beethoven, das uns das Monotone und Schwere der Arbeit musikalisch zum Ausdruck brachte und am Schluß zeigte, daß auch die Arbeit höhere und schönere Erfolge erzielen wird. Von den Erfolgen der Arbeit für die proletarische Klasse können wir heute noch nicht reden. Um so mehr aber von den Erfolgen der Organi- sation, der die Jubilare 25 Jahre ihre Treue bewahrt haben. Das verstand der Kollege Uhlig meisterhaft, den Anwesenden in seiner Festsrede nachzuweisen, indem er den Jungen an Vergleichen zeigte, wie es war, und den Alten dankte für das, was ist. Darüber hinaus zeigte er, was vereinte Kraft noch zu schaffen vermag. Er schaute sich aber auch nicht, die Hindernisse bloßzulegen, indem er die Tat- sache mitteilte, daß wir nicht nur unglückselig deshalb haben, weil wir im Kampfe um den Achtstundentag nicht schneller vorwärts kommen, sondern sogar Abmeldungen von Mitgliedern bekommen, weil es dem Verband gelungen ist, die Arbeitszeit wieder um einige Stunden zu verkürzen. In diesem Widerstreit der Interessen und Anschauungen einer Klasse müsse eine klare Linie für das jeweilige Erreichbare eingehalten werden. Das bedinge strenge Disziplin bei den Vorkampfskämpfen und ein Maß von Verantwortlichkeit der Führer für die Zurückbleibenden. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Jubilare und ließ dann ein vom Zentralvorstand ge- widmetes Diplom an die Jubilare verteilen. Der Höhepunkt der Feier wurde durch den von Musik begleiteten Vortrag aus dem Schwalbenbuch von Ernst Toller durch die Leipziger Sänger erreicht. Es war ein Erlebnis, man fühlte und erlebte mit all jene Leiden der von einer gefühllosen Gefängnisverwaltung immer und immer wieder vertriebenen baulenden Schwalben sowie des gefangenen Dichters. Die Wärter zerstören den Schwalben die Nester, den Dichtern machen sie das Leben durch Einzelhaft, Bettentzug, Kost- entzug, Hofverbot, Schreibverbot, Sprechverbot, Singverbot, Befehlsverbot und Lichtverbot schwer. Die Wirkung auf die Zuhörer war so gewaltig, daß es erst einer Bestimmung bedurfte, ehe der nichtenden- wollende Beifall einsetzte. (Wie wäre es, wenn man es den Groß- städtern nachmachte und in solchen Situationen überhaupt keinen Beifall spendete und den ganzen Genuß in Geist und Seele aus- wirken ließe?) Dasselbe Lob haben sich die in der Gelsenauer Sängervereinigung zusammengeschlossenen Arbeiter mit ihrem Dirigenten, Herrn Deder, verdient. Auch die in erzgebirgischer und Frankfurter Mundart zu Gehör gebrachten Vorträge des Kollegen Harzer und der Kollegin Richter fanden ungeteilten Beifall. Mit einem ge- meinschaftlichen Gesang wurde die Feier beendet.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 6. August, ist der Beitrag für die 31. Woche fällig. Bekanntmachungen. Den Ortsverwaltungen zur Mit- teilung, daß in der Folge auf Beschluß der Generalversammlung die Totenliste in Fortfall kommt. Die Toten sollen am Jahresschluß veröffentlicht werden. Wir bitten, hiervon Kennt- nis zu nehmen und die Namen der verstorbenen Mitglieder erst am Jahresschluß zu übersenden.

Diese billigen Gesetzausgaben

- Heiern wir portofrei: Diepeart und Körper, Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 1. Mai 1927. Mit Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen, statt 0,80 Mt. . . . nur 0,65 Mt. Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Ausführungsbestimmung. Preis bis zu 20 Stück pro Exemplar . . . 0,20 Mt. Kleins, Arbeitsgerichts-gesetz. Mit Anmerkungen und Sach- register. Preis . . . 0,60 Mt. Grauel, Betriebsräte und Arbeitsgerichts-gesetz . . . 0,35 Mt. Perg und Rinner, Wie ermäßigt man die Lohnsteuer, statt 1 Mt. . . . nur 0,65 Mt.

Textil-Praxis, Verlags-ges., Abt.: Buchhandlung, BERLIN O 34, Memeler Straße 8/9.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Fehler und Fehlerquellen

in der amerikanischen Textilindustrie.

Von Hans Krauß, Berlin.

I.

„Wirtschaftliche Amerika“ — so nannte Kötigen seinen Bericht. Auf die gleiche Tonart waren fast alle anderen Aufschriften abgestimmt. Intellektuelle arbeiteten studien-er bei Ford oder an anderen großen Produktionsstätten. Ergebnis dieser Studien waren Artikel, die dem Organisationsleiter der Unternehmer begeistert Beifall zollten. In Arbeiterkreisen glaubte man an die Allmacht kapitalistischer Wirtschaftsführung. Allmählich drangen aber warnende Stimmen durch. Zwei Probleme waren es, besonders die Aufmerksamkeit der sozialistischen Arbeiterkreise: 1. Ist der Kapitalist tatsächlich in der Lage, ein Wirtschaftssystem Ordnung zu bringen, d. h. wirtschaftlich zu arbeiten? 2. Ist es dann, wenn die Voraussetzungen zu nicht erfüllt sind, die Aufgabe der Arbeiter, die Gründe des Versagens zu erforschen?

Man beantwortet zuerst unsere zweite Frage. Die Arbeiter müssen die Gründe des unwirtschaftlichen Arbeitens gehen. Sie kann sich nicht mit allgemeinen Phrasen — Effizienz, Gewinnmacher usw. — begnügen zur Kennzeichnung eines bestimmten Systems. Die neue Wirtschaft, die der Marktseite nur auf Bedarfsdeckung zielt, muß in der Produktionsmethode wirtschaftlich sein, d. h. nicht nur ersparnisreich und maschinenchonend, sondern zuerst die menschliche Arbeitskraft geschützt und vernünftiger Verwendung sicher sein. Man kann aber — darüber besteht heute noch bei einigen Menschen Unklarheit — ein derartiges Ziel nicht einfach durch die Übernahme Produktionsmittel erreichen. Nicht der Besitz, sondern die Art seiner Verwendung ist von ausschlaggebender Bedeutung. So ist es für den Wissenden eine Selbstverständlichkeit, daß er sich mit den Gründen und Folgen einer wirtschaftlichen Desorganisation auseinandersetzt. Es sind nicht Dinge, die in der Zukunft für ihn von Bedeutung sind, denn die seine augenblickliche Lage auf das nachhaltigste beeinflussen. Der Arbeiter ist nicht nur Produzent, sondern Konsument der Güter, deshalb trifft ihn das Versagen der Wirtschaft in doppelter Eigenschaft, mit mehrfacher Wucht.

II.

Es steht ohne Zweifel fest, daß es in Amerika hochentwickelte Betriebe gibt. Ebenso sicher ist aber auch, daß es sich um Spitzenleistungen in technisch-organisatorischer Beziehung handelt, also nicht die Norm ist. Lebenswert ist die amerikanische selbst darangehen, zahlenmäßige Beweise für die noch heute massenhaft betriebene Verschwendung im Wirtschaftsleben beizubringen.

Die Initiative zu einer derartigen Untersuchung ging aus dem amerikanischen Handelsminister Herbert Hoover. Am 12. Januar 1921 gründete er durch Ernennung von Ingenieuren, zu denen später noch 2 Ingenieure hinzugefügt, das „Komitee zur Beseitigung von Verlusten in der Industrie“ (Committee on Elimination of Waste in Industry). Am 3. Juni 1921 wurden diese Ergebnisse dem American Engineering Council in St. Louis unterbreitet. In den fünf Monaten lag das Material aus sechs untersuchten Industriezweigen bereits zur Berichterstattung vor! Die Ergebnisse waren wenig schmeichelhaft für die Unternehmer. Mit pharisäischer Heberlegenheit wies man immer die Arbeitsunlust der Arbeiter hin. Allerdings sei zu bedenken, daß man jetzt etwas vorsichtiger mit diesen Behauptungen ist, seitdem auch in Deutschland ein Untersuchungs- schluß sich mit den Fehlerquellen in den Betrieben beschäftigt.

Der amerikanische Ausschuss untersuchte 125 Betriebe, außerdem lieferten ihm 103 Betriebe zusätzliches Material. In der Textilindustrie wurden 13 Betriebe untersucht. Interessant ist die Verschiedenheit der Verluste innerhalb jeder und zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Die vorliegende Tabelle gibt hierüber Aufschluß.

Die Tabelle zeigt uns, daß z. B. in der Textilindustrie sich die Leistungsfähigkeit dieser Gruppe um etwa 50 Prozent steigern ließe, wenn man den bestorganisierten Betrieb zur Norm für die anderen nähme. In Prozenten berechnet bedeutet es, daß 51 Prozent der Beschäftigten unwirtschaftlich tätig sind. Bei einer Arbeiterzahl von 1 000 000 ist also über 500 000 Menschen wirtschaftlich zwecklos tätig.

Diese Verluste bezahlt der Konsument! Die Folgen sind eine Verringerung des kaufkräftigen Publikums. Während Hunderttausende, ja Millionen von Menschen kaum ihre Blüten bedecken können, arbeitet die Hälfte der produktiv Tätigen vergeblich!

Wer ist an diesen Zuständen schuldig? Die nachstehende Tabelle, die ebenfalls von den Hoover-Ingenieuren angefertigt wurde, gibt hierüber Auskunft.

Untersuchte Industrie	Verantwortlichkeit		
	der Betriebsleitung	der Arbeiterschaft	äußere Faktoren
Seidenkonfektion . . .	75%	16%	9%
Baugewerbe	65%	21%	14%
Druckereien	63%	28%	9%
Schuhfabriken	73%	11%	16%
Metallindustrie	81%	9%	10%
Textilindustrie	50%	10%	40%

Die kritische Betrachtung dieser zahlenmäßigen Ergebnisse zeigt die uns nicht überraschende Tatsache, daß die Betriebsleiter an der Schlamperie, der wirtschaftlichen Schwäche ihrer Betriebe selbst schuld sind. Die beliebten Ausreden, z. B. Saisonschwankungen, Arbeitsunlust usw., entbehren der Stichhaltigkeit. Beachtet man noch, daß die Arbeiter für Produktionsverluste infolge mangelnder Ausbildungsmöglichkeit, durch Maßnahmen des „International Joint Council“ (einer Art Betriebsrat für die gesamte Industrie) u. ä. verantwortlich gemacht wird, so verschiebt sich bei genauer Würdigung das Bild noch mehr zugunsten der Unternehmer.

Es könnte uns gleichbleiben, ob die Betriebe ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit tatsächlich ausnützen oder nicht, wenn hier nur das Interesse einzelner Kapitalisten im Vordergrund stünde. Leider zeigen uns aber weitergehende Untersuchungen auch diese nicht mehr unbekannte Erscheinung, daß die Spannung zwischen vorhandenem Bedarf und Erzeugung zum Teil außerordentlich groß ist. Der nachstehenden Hebersicht liegen die Ergebnisse für das Jahr 1921 zugrunde.

Produkt	Prozent	der Nachfrage wurden erzeugt
Frische Milch	91	Proz.
Weizenmehl	95	„
Kartoffeln	92	„
Zucker	85	„
Rindfleisch	95	„
Herrenanzüge	93	„
Schuhe	85	„
Kohle	83	„
Petroleum	90	„
Wohnungen	60	„
Geschäftsgebäude	110	„
Automobile	125	„

Unleugbar ist demnach die Tatsache, daß die amerikanische Wirtschaft nicht in der Lage ist, ihren eigenen Arbeitern genügend Nahrung, Kleidung und Wohnung zu bieten, aber im gleichen Atemzug auswärtige Arbeiter in das Land holt bei einem jährlichen eigenen Bevölkerungszuwachs von etwa 400 000! Warum? Die industrielle Reservearmee, das Arbeitslosenheer ist ein wesentlicher Bestandteil englischer Unternehmerpolitik.

III.

Unbestritten kann der schädliche Einfluß der Mode auf eine vernünftig geregelte Produktion bleiben. Wir sahen im vorhergehenden Abschnitt, daß 40 Prozent der Betriebsverluste hierauf zurückgeführt werden. Eine Erziehung der Konsumenten zu geordneten Waren ist eine Notwendigkeit. Aber auch hier müßte man die Initiative bei den Unternehmern

voraussetzen, wenn — ja wenn nicht ein großer Teil von ihnen an eine Abflachung durch häufigen Modewechsel glauben würde: „Lassen Sie Ihren Trauring nach der neuesten Mode arbeiten!“ Das ist die Aufforderung eines Juweliers an das Publikum. Die Hutfabrikanten eröffnen einen Feldzug gegen die Filzhüte — weil diese zu lange halten! Sidney und Beatrice Webb rechneten aus, daß eine reiche Frau zur Herstellung ihrer Kleidung die Arbeitskraft von 100 bis 200 Menschen braucht.

Man verurteilt also selbst Konjunkturschwankungen durch Herstellung von Modewaren. Dazu kommt die raffinierte Anfertigung von Luxuswaren (Preise im Frühjahr 1921 in Geschäften der Fifth Avenue in New York: Badeneglische 250 Dollar; elegantes Abendkleid 700 bis 1200 Dollar; großes Abendkleid 5000 Dollar!), die ebenfalls einen unwirtschaftlichen Charakter trägt. Besonders bei den Luxusartikeln zeigt sich dann die „Notwendigkeit“, billige Nachahmungen zur Förderung der Palmieleganz zu produzieren. Rund 600 000 Arbeiter werden in Amerika zur Herstellung von Luxuswaren beansprucht. Während Preise von 35 bis 40 Dollar für ein Stirnband, 40 000 Dollar für einen Chinchillamantel und 62 000 bis 120 000 Dollar für einen ausgeputzten russischen Jockelbaldenmantel gefordert und gezahlt werden, erfährt man, daß zu gleicher Zeit 1 091 000 Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren erwerbstätig waren, ja selbst Kinder unter 10 Jahren zum Broterwerb mithelfen müssen.

Auf der einen Seite Heberlugus, künstliche Belebung des Marktes durch Modetinklerischen — auf der anderen Seite trotz vorhandener Produktionsmittel die Unfähigkeit zur Befriedigung des täglichen Bedarfs, Massenarbeitslosigkeit und Kinderarbeit. Doch nicht genug damit, man taufte Patente auf, die nie angewendet werden, nur um konkurrenzfähig und beim „Bewährten“ zu bleiben, man heizt mit Kaffee, Weizen und Mais die Maschinen, weil Kohle teuer ist, man vernichtet Lebensmittel, um die Preise hochzuhalten, man steckt Tabak- und Baumwollplantagen in Brand, um „die Ententeausichten nicht zu verschlechtern“!

Unter einem kapitalistischen Wirtschaftssystem kann es keine Wirtschaftlichkeit geben! Können wir trotzdem von Amerika lernen? Jawohl! Die Amerikaner hatten den Mut, den Fehlern und Fehlerquellen nachzuforschen. Unseren deutschen Unternehmern wollen wir sagen, daß sie kein Recht haben, sich auf ihre Unfehlbarkeit zu stützen. Mögen auch sie ihre Betriebe zeigen — wir werden dann hier ebenfalls millionenfache Beweise für die große Tragödie der Verschwendung finden!

(Die Zahlenangaben sind mit Erlaubnis der deutschen Arbeiterin J. M. Witte den Büchern „Verlustquellen in der amerikanischen Industrie“ und die „Tragödie der Verschwendung“ von Chase entnommen. Verlag Oldenbourg, München. Die Bücher gehören in den Besitz jedes Funktionärs.)

Der Kampf der Rohstoffe.

Grundsätzliche Veränderung der Rohstoffbasis in der Textilwirtschaft.

Von Hermann Caspeler, Hannover.

In der Textilwirtschaft sind in den Jahren nach dem Kriege immer wieder die Ansprüche der einzelnen Interessengruppen in mehr oder minder scharfer Form zum Ausdruck gebracht. Nicht nur, daß scheinbar die Interessen der verschiedenen Wirtschaftszweige oft miteinander nicht in Einklang zu bringen waren, was z. B. bei den Verhandlungen um die große Zollvorlage unangenehm in Erscheinung trat, auch unter den einzelnen Gliedern der Textilindustrie entbrannte der Kampf um Herrschaft und Vorherrschaft.

Weiß spielt sich dieser Kampf hinter den Türen, außerhalb der regulierenden Kraft öffentlicher Wirtschaftskritik ab. Nur hin und wieder wurde die Öffentlichkeit Zeuge der Argumentation aus den verschiedenen Lagern. Erst durch die Expansion der Kunstseideindustrie, und nicht zuletzt durch die in Presse und Parlamenten vorgebrachten Anregungen zur Behebung der Notlage in der Flachs verarbeitenden Industrie, wurde die Diskussion über den Kampf der Rohstoffe in der Textilindustrie auf eine breitere Basis gestellt. Wir erleben, daß vor allem die Textil-fabrikantierischen Ursprungs ins Hintertreffen geraten ist, daß dagegen die pflanz-

Kolumbien.

Gretel Becker ist Fabrikarbeiterin, 20 Jahre alt, Spinnerin. Und der Zeitung hatte Gretel Becker dieses gelesen: „Aus Bogota in Kolumbien wird gemeldet, daß im Gebirge bei der Stadt Medellin eine Baumwollspinnerei von einem großen Erdbeben erschüttert. Die Spinnerin ist von den Erdmassen völlig bedeckt. Man berichtet, daß 60 junge Arbeiterinnen den Tod gefunden haben. Über wurden 40 Tote geborgen.“

Die Zeitungsnachricht ließ der Gretel Becker keine Ruhe. Sie sah ihren alten Schulatlas, sie suchte darin die Karte von Südamerika — und dann fand sie auch richtig das Land Kolumbien. Sie fand dessen Hauptstadt Bogota, und sie fand auf der Karte die Stadt Medellin. Und bevor die Gretel Becker abends einschlieft, dachte sie daran: daß auch die Spinnerin, in der sie selber arbeitete, einem Berggang läge. Und sie suchte mit dem Herzen das Land der armen Genossinnen in Kolumbien, sie weinte still in ihr Bett. Sie Kissen hinein — sie weinte um den schrecklichen Tod der unbekanntenen Kameradinnen. Was denen passierte, könnte morgen nicht auch ihr passieren — der Gretel Becker? Und den anderen Kolleginnen? Auch über ihrer Spinnerei hingen gefährliche Berghänge.

Und in dieser Nacht träumte die Gretel Becker folches: Ihr Bett schob sie auf und ab, war das überhaupt noch ein Bett? Ach, Unruhe, Gretel stand ja auf einem Schiffe, ganz vorn am Ausfall. Sie war das einzige weibliche Wesen an Bord, sie fuhr mit Christoph Kolumbus auf Entdeckungsfahrten nach Westen, über das weite Weltmeer. Und das Schiff, die Karawelle, die die Tage seiner spanischen Majestät führte, die wiegte und wiegte sich vor dem Druck des Windes in lustiger Fahrt über die Wasserberge. Scharf schaute Gretel nach Westen. Und auf einmal tat sie ein Schrei: Land! Land! Und es war Land — am Schiffe erscholl der Jubel —, und Christoph Kolumbus selber brühte seiner Gretel die Hand, und er sagte: Mädchen, du hast doch die besten

Augen, du hast zuerst das neue Land gesehen. Und Christoph Kolumbus gab der Gretel einen Kuß, mitten auf die Stirne, im Traume wachte sich die Gretel mit der Hand den Männerkuß von der Stirne wieder ab. Aber die Ehre blieb hasten, die Gretel Becker hat Amerika entdeckt!

Und dann war man an Land, rote Indianer umtanzten die weißen Seefahrer, sie knieten vor der Gretel und nannten sie ihre Königin. Und Gretel Becker war Königin über das weite Reich der Inkas, und ihr Statthalter war Kolumbus, und dem zu Ehren taufte die Gretel Becker das neue Land: Kolumbien!

Gretel war nun überreich. Sie nahm Bäder in süßlichem Golde. Und zahme Papageien reichten ihr mit den drohenden schwarzen Vogelhänden die gelben Bananen zum Frühstück. Und voller Freude überhäuete die Gretel Becker ihr Reich. Das war sehr, sehr groß. Im Westen wurde es bespült von den perlmuttfarbenen Wogen des Stillen Ozeans, und im Osten tobte die graugrüne tatarische Sturmsee. Hohe Gebirge durchschnitten das Land von Süd nach Nord, die Cordilleren. Und Vulkane stammten zum blauen Himmel — und Sturzbäche sprangen in die Täler — sich einand zum großen Magdalenaström, der viel länger als die deutsche Elbe war.

So träumte die Gretel Becker in ihrem armen, eisernen Spinnerrinnenbette.

Dann aber änderte sich der Traum der Gretel, aus Freude ward Leid. Aus der Königin ward eine Sklavin. Die weißen Männer aus Spanien hatten Unglück über das Land der Inkas gebracht. Sie waren mit Feuerrohr und mit Gift gekommen. Mit Heuchelei und mit Verrat. Gift war Schnaps. Feuerrohre schossen Blei in die Herzen der ihr Land verteidigenden Urvölker. Und das Kreuz des Christentums verriet die Idee des Nazareners, der da die Gemeinschaft als Sozialismus gefordert hatte. Das Christentum verfluchte die armen Indianer. Und die schönsten Mädchen der Inkas wurden zur Wollust geraubt — und böse geschändet, sie wurden Sklavinnen an Körper und an Seele. Und so eine Sklavin war im

Traume auch die Spinnerin Gretel Becker. Ihr magerer kleiner Mädchenkörper bäumte sich im Traumbette auf, und ein tiefer Seufzer sprang aus der schmalen Brust.

Gretel wachte auf. Gott sei Dank, das Entsetzliche war nur ein Traum. Den Traum der Königin hatte das kleine Herz schon wieder vergessen. Aber der Traum der Sklavin sah. Gretel war in Angstschweiß wie gebadet. Sie riß ein Zündholz an, sie schaute auf die Wackuhr, es war halber zwei — und um fünf würde der Becker erst schlafen. Das Zündholz erlosch. Im Dunkeln tastete die Hand der Gretel an der Stuhllehne, sie fand dann am Sitz des Stuhles das Glas mit Wasser, hastig trank sie das aus — setzte es tastend zurück — drehte sich auf die andere Seite, laut knarrte die eiserne Bettstelle — und dann schlief Gretel wieder ein.

Und dann? O, der tropische Traum war noch nicht zu Ende, Gretel träumte weiter. Im Traume hatte sie einige Jahrhunderte überprungen, und wiederum war die Gretel Becker in dem von ihr entdeckten Lande Kolumbien. Diesmal war alles anders. Dort lag die bunte Stadt Medellin, im breiten Tale, ringsher der Kranz der Berge. Aber man sah die Berge nur von unten, oben über den Bergen hing graue Wolken, tief und schwer, Blitze zuckten zu Tale — und der tropische Regen plagte auf die Welt, als ob das große runde Himmelsfass mittendurch geborsten sei. Und es war sehr, sehr heiß, die tropische Regenzeit.

Und die Gretel schwikte und schwikte, sie war Spinnerin in Kolumbien, bei lauter rothäutigen und braunhäutigen Kolleginnen. Die Maschinen zwitscherten, und draußen strömte vom Himmel die Sintflut. Und Gretel lächelte die Last der nahen Gebirge auf das Dach der Spinnerei schwer drücken, ihr kam der Gedanke: Wenn nun der Berg einstürzte? Er würde die Fabrik und uns Spinnerrinnen begraben. Und was die Gretel dachte, das begab sich. Der Berg kam von den Regenfluten ins Rollen, Gretel war plötzlich keine richtige Gretel mehr, sondern ein Vannutchen — auf ihr lasteten die Berge der kolumbianischen Cordilleren, 60 Mädchen waren tot,

lichen — mit Ausnahme des Flachses — und die künstlichen Textilrohstoffe ständigen Bedeutung gewinnen.

II.

Die schlechte Wirtschaftslage der Flachs verarbeitenden Industrie, das mangelnde Kaufinteresse und die mangelnde Kaufkraft des Publikums für Leinen usw. zur Genüge bekannt.

Nach statistischen Untersuchungen des Rieker Institutes für Weltwirtschaft und Seeverkehr liegt die Entwicklung der Flachsproduktion der Welt folgendermaßen:

Table showing Flax production in thousands of kilograms from 1913 to 1925 for various countries like Russia, India, and others.

Der allgemeine Rückgang der Weltproduktion hat also auf Deutschland keine direkten Auswirkungen gehabt. Diese Abnahme Deutschlands innerhalb der übrigen europäischen Welt findet ihre Erklärung in der Abdröselung von den Rohstoffmärkten 1914/18, was u. a. auch eine künstliche Ausweitung der Anbaufläche für Flachs zur Folge hatte.

III.

Bei den tierischen Textilprodukten ist die Erzeugung von Wolle am meisten zurückgegangen. Die Weltproduktion an Rohwolle in 1000 Pounds betrug:

Table showing wool production in 1000 pounds for various regions like Europe, North America, and South America from 1909/1913 to 1924.

Die Weltproduktion an Wolle ist also stark zurückgegangen. Deutschlands Anteil hat sich aus denselben Gründen wie beim Flachs ungefähr auf der gleichen Höhe mit der Friedensproduktion gehalten; er betrug:

Small table showing Germany's share of wool production in 1000 pounds for the years 1909/13, 1922, and 1924.

Die heute relativ günstige Preisgestaltung für Rohwolle läßt in den letzten Jahren wieder eine Tendenz der Steigerung der Weltproduktion aufkommen. (Kreuz- und Merinowolle bildet heute noch annähernd das Doppelte wie in der Vorkriegszeit.)

IV.

Anders liegen die Dinge bei der Baumwolle. Hier melden die statistischen Ämter ständig steigende Produktionsziffern. Krieg und Revolutionen haben lediglich die Zahlen einiger Länder nennenswert reduziert.

Das Hauptverursachende für den Rückgang der Weltproduktion ist die Erzeugung von Wolle am meisten zurückgegangen. Die Weltproduktion an Rohwolle in 1000 Pounds betrug:

Das Hauptverursachende für den Rückgang der Weltproduktion ist die Erzeugung von Wolle am meisten zurückgegangen. Die Weltproduktion an Rohwolle in 1000 Pounds betrug:

1915/16 auf 78 000 Ballen im Jahre 1921/22 zurückging. Die Gesamtproduktion von Baumwolle in tausend Ballen zu annähernd 500 lbs. (Quelle: WD Hamburg) betrug:

Table showing cotton production in thousands of bales for various countries like the United States, India, Egypt, Russia, and China from 1902/03 to 1925/26.

Auch der Weltverbrauch erlitt insgesamt keine wesentliche Erhöhung, er hat sich im Gegenteil ebenfalls noch erhöht. Er betrug in tausend Ballen:

Small table showing world cotton consumption in thousands of bales for the years 1913, 1921, 1922, and 1924.

Deutschlands Anteil hieran hat sich also nicht zu seinen alten Ziffern erholen können. Er beträgt heute nur noch etwas mehr als die Hälfte des Vorkriegsverbrauchs. An sich kann dieses Symptom nicht ernst genommen werden, um so mehr als die Einfuhr der teureren tierischen Wolle fast den Vorkriegsstand erreicht hat.

In der gesamten übrigen Welt mit Ausnahme von Österreich und Rußland ist der Baumwollverbrauch annähernd wieder auf die Friedenshöhe gestiegen. In einigen Ländern (Tschechoslowakei, Schweiz, Japan und in südamerikanischen Staaten) hat der Verbrauch wesentliche Steigerungen zu verzeichnen gehabt, die etwa der Erhöhung der Gesamtproduktion an Baumwolle gleich kommen.

Die Zahlen geben uns also den untrüglichen Beweis, daß die Bedeutung der Baumwolle im Gegensatz zu den tierischen Fasern zugenommen hat. Die Ursachen liegen in dem größeren Vorkommen der Baumwollfaser und der dadurch bedingten Billigkeit. Der Rückgang der Kaufkraft in ganz Europa hat zweifellos diese Entwicklung noch günstig beeinflusst.

Gaukonferenz

des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes am 16. und 17. Juli in Stuttgart.

Am Metallarbeiterheim zu Stuttgart fand am 16. und 17. Juli die ordentliche Gaukonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Referat über eventuelle Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse. 3. Vortrag des Kollegen Schrader vom Hauptvorstand über Reiseindrücke aus Indien.

Kämpfe, um bessere Existenzmöglichkeiten für die Textilarbeiter zu schaffen, mußten ununterbrochen geführt werden. Heute stehen wir wieder in einer sehr lebhaften Bewegung.

Grete Beder verstand — wir leben hier in China auf einem Vulkan. Der ist der Vulkan der Volksrevolution, das ist das Aufbegehren einer neuen sozialen Zeit, die da Schluchzen will mit der imperialisierenden Zeit der internationalen Ausbeutung.

und zwar in der Pfalz, welche um bessere Lohnbedingungen kämpft. Leider haben wir nicht überall die gleiche Kraft als wie in der Pfalz und hoffentlich endet dieser Kampf nicht bloß zum Nutzen für die Pfälzer Textilarbeiter, sondern für die gesamte Textilarbeiterschaft im Gau.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Kieslich von Lörrach. Auf Grund von Unterlagen war er in der Lage, nachzuweisen zu können, daß die Beitragsleistung von heute in keinem Einklang zu der Beitragsleistung 1914 steht.

Table showing contributions for different categories of members like young members, members aged 17-20, and full-time workers.

Diese Beiträge sind Pflichtbeiträge und dürfen von keinem Mitglied unterschritten werden. Es ist den Mitgliedern gestattet, eine höhere Beitragsklasse zu wählen.

Zu Punkt 3 sprach Kollege Schrader. Seinen Ausführungen wurde das lebhafteste Interesse entgegengebracht, da doch alle Anwesenden einen Einblick wannen wie die indischen Textilarbeiter entlohnt und Lebensweise derselben vor sich geht.

Somit hatte sich die Tagesordnung erledigt und Kollege Pfeiffer von Ettlingen als Vorsitzender konnte feststellen, daß die Konferenz von sachlicher, wirksamer Arbeit beseitigt war.

Berichte aus Fachreisen.

Weihenburg in Bayern. Auf vielfachen Wunsch erklärte sich Kollegin Ritsche vom Arbeiterinnensekretariat bereit, in den Ortsgruppen Roth und Weihenburg den Textilarbeiterinnen den aufklärenden Vortrag mit dem Thema: „Der Deutsche Textilarbeiterverband im Kampfe um die Rechte der Textilarbeiterinnen“ zu halten.

Der Vortrag, sachlich und für Frauen leicht verständlich gehalten, gewährte einen tiefen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiterinnenbewegung. Ausgehend vom Anfangsstadium der Bewegung, der Jungzeit des Mittelalters, bis zur machtvollen Höhe, welche dieselbe heute einnimmt, wurden die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnenbewegung in die verschiedensten Stadien einnehmend, ist zum großen Teil mit dem Verdienst des Deutschen Textilarbeiterverbandes, um dieser Verdienste willen mußten die Textilarbeiterinnen nach aus ihrer Reserve heraus, mühseligen Tätigkeiten nachgehen an den Geschicken ihrer Berufsorganisation dem Deutschen Textilarbeiterverband, und dafür Sorge tragen, die noch fernstehenden unorganisierten Frauen und Mädchen ihrer Organisation fassen.

Eine Ausfrage wurde nicht gestellt. Der Beifall der anwesenden Textilarbeiterinnen dürfte aber der Kollegin Ritsche bescheiden haben, wie sehr sie mit ihren Ausführungen einverstanden waren.

Literatur.

Vom „Arbeiter-Archiv“ ist zu berichten das seit 2 erschienen. Das 2. Heft enthält: „Arbeiter-Archiv“ von der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Stuttgart. Das 1. Heft enthält: „Arbeiter-Archiv“ von der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Stuttgart.